

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Wahlbestellung 2 RM., einschließlich Abtransport. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Durch Fernruf übermitteln. Rücksendung eingeschriebener Briefe erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Wagnerspreis: Die 4gepaaltene Raumseite 20 Rpf., die 4gepaaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4gepaaltene Werklamelle im zeitlichen Teile 1 RM., Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jeder Reklamationsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Bez. nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 279 — 89. Jahrgang — Freitag, 1. Dezember 1930 — Wilsdruff-Dresden — Volleilich: Dresden 2640 — Montag, den 1. Dezember 1930

Unter Geschäftsaufsicht.

Staatskommissare als Finanzvormünder deutscher Kommunen sind heute — um einen Vorkurs zu gebrauchen — „stark gefragt und Geld“. Eine ganze Reihe namentlich mitteldeutscher Städte steht unter Geschäftsaufsicht, in den letzten Tagen kamen außerdem noch andere große Städte hinzu und schließlich auch die Hauptstadt des Deutschen Reiches, Berlin.

Man kann lange suchen, ehe man eine deutsche Kommune findet, die nicht unter einem mehr oder weniger beträchtlichen Defizit leidet. Im allgemeinen lehnt man dort trotzdem in den hierfür zuständigen Stadtverordnetenversammlungen die Einführung der Bürger-, Getränke- und erhöhten Biersteuer ab und stößt damit auch recht oft auf die geheime oder offene Zustimmung der Stadtverwaltungen selbst. Durch eine weitere Steigerung der Realsteuern das Defizit bedenken zu wollen, ist meist nicht mehr zulässig ohne die gleichzeitige Einführung jener anderen Steuern, hat angesichts der Wirtschaftskrise auch nicht den erhofften finanziellen Erfolg, sondern steigert auch nur die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Wenn trotzdem die Magistrate und Bürgermeister vielfach eine solche Steuererhöhung versucht haben, so trüben ihre Stadtverordnetenversammlungen bzw. Stadträte ihnen jene drei Steuern oder zum mindesten die eine oder andere davon, das Defizit war infolgedessen nicht aus der Welt zu schaffen, hier und da wollte man es einfach in das nächste Haushaltsjahr hinüberschieben und inzwischen das Loch mit einem kurzfristigen Kredit stopfen, wie so auch das Reich es tut. Da heißt es eben frei nach Hamlet: „Der Rest ist der Staatskommissar.“ Und nicht bloß in Preußen, sondern auch in den anderen deutschen Ländern ist er „stark gefragt und Geld“.

Die Situation ist derart, daß es wirklich keinen Zweck mehr hat, sich jetzt um die „Schuldfrage“ herumzuzanken. Das kostet Zeit und führt zu nichts. Die Realsteuerveranschlagungen sind viel zu hoch, so daß im nächsten Jahre bei der Neueinschätzung dieser Steuern sich der katastrophale Rückgang der Wirtschaft in einem gewaltigen Sinken der Einnahmen namentlich aus den Gewerbesteuern zum Ausdruck bringen wird. Daß die Realsteuerbelastung überhöht ist, man diese Steuerbremse überdreht hat, wird von den Kommunen ebenso zugegeben wie von den Landesregierungen, aber und trotzdem...!

Die Lasten der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge, dazu die Zinsen für die gewaltigen Massen der schwebenden Schulden drücken den Kommunen derartig auf den Nacken, daß sie kaum noch atmen können. Die Einnahmen aus ihren Wirtschaftsbetrieben gehen schnell zurück und selbst die Einführung der Bürger-, der Schankverehr- und der erhöhten Biersteuer — abgesehen von den vielen, übrigens kaum befriedigten Wünschen, die ihnen anhaften — dürften meist nicht im entferntesten genügen, um die Fehlbeträge bei den Gemeinden zu decken; unbedingt soll und muß ihnen aber der Ausweg versperrt werden, ein Defizit im ordentlichen Haushalt nicht durch laufende Einnahmen oder durch Ausgabendrosselung zu beseitigen, sondern sich mit einem Stillverschieben in das nächste Haushaltsjahr auszuweichen. Das heißt die schon jetzt in beträchtlich großem Umfang betriebene Schuldenwirtschaft zu gefährlicher Höhe steigern — und es gibt schon mehr als eine deutsche Stadt, die formell „sich an ihre Gläubiger gewandt“ hat! Auf der Einnahmeseite sind bei den Kommunen aber auch deswegen erhebliche Ausfälle eingetreten, weil bei den großen Reichsüberweisungssteuern — Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz-, Bier-, Kraftverkehrs- usw. Steuer — starke Rückgänge erfolgten, so daß auch die auf die Kommunen entfallenden Anteile erheblich eingeschrumpft sind. Segen das in immer härteren Massen heranmarschierende, in absehbarer Zeit auf etwa eine Million angeschwollene Heer der Arbeitslosen, die allein der Wohlfahrtsfürsorge unterliegen, helfen die verzweifeltsten Maßnahmen kaum noch etwas.

Aber durchaus nicht immer und durchaus nicht allein bei den Kommunen liegt die Schuld dafür, daß es nicht mehr weitergeht, daß sie „sich unter Geschäftsaufsicht begeben“. Der Umfang der Pflichten, die ihnen durch die Gesetzgebung, durch Reich und Staat auferlegt sind oder ihnen zwangsmäßig zuwachsen, ist nun viel zu groß geworden, als daß er durch die finanziellen Mittel ausgefüllt werden könnte, die den Kommunen zustehen und die sich einfach nicht mehr vermehren lassen, ohne daß es zu katastrophalen Folgen kommt. Und hierfür die Verantwortung übernehmen konnten und wollten viele Stadtverwaltungen nicht mehr; man darf ihnen wirklich deswegen durchaus nicht etwa überall einen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vorwerfen. Das gilt auch für die Stadtparlamente. Eine Besserung, hoffentlich eine Heilung dieser schleichenden Krankheit kann eben nur erfolgen durch eine grundsätzliche Reform in der Verteilung der Verwaltungsaufgaben, vor allem aber durch eine schlenne Durchsührung des neuen, bereits in einem Gesetzesentwurf vorliegenden Finanzgesetzes, der die Not der Kommunen härter als bisher berücksichtigt.

Fördert die Ortspresse

Ein Bruch feierlicher Verpflichtungen

Der Reichswehrminister über das Abrüstungsproblem.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichswehrminister Gröner über das Abrüstungsproblem u. a. wie folgt: Heute wird in der Welt mehr Geld für Rüstungszwecke ausgegeben als vor dem Kriege. Allein in Europa hat sich die Zahl der unter Waffen stehenden Männer um 500 000 Mann erhöht.

Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten haben allein abgerüstet. Unter den Augen der Internationalen Kontrollkommission ist die uns auferlegte Entwaffnung reiflos durchgeführt worden. Sechs Millionen Gewehre und Karabiner, 130 000 Maschinengewehre, 60 000 Geschütze, 15 700 Flugzeuge, 547 Flugzeughallen, 30 Luftschiffhallen und eine Unmenge Munition wurden zerstört oder ausgeliefert. Sämtliche modernen Waffen mußten abgeliefert werden. Alle Festungen im Westen sind geschleift. Die Organisation der neuen Wehrmacht ist auf das Genaueste bestimmt worden. Deutschland ist das einzige Land, dem eine Entmilitarisierung der Grenze aufgegeben worden ist. Was ist nun aus der im Versailler Vertrag und in der Völkerbundfassung

verbrieften Abrüstung

geworden? Die Regierungen einzelner Länder erfinden immer neue Vorwände, um weiter aufzurüsten und die Abrüstung zu sabotieren. Deutschland versage, so heißt es, über ein „potential de guerre“, durch das das deutsche Heer der französischen Armee gleichwertig werde. Wie kann sich unsere Industrie auf den Bau von Kriegsmaterial umstellen, wenn diese Umstellung ohne jeden Schutz vor den hochgerüsteten Armeen Frankreichs und seiner Verbündeten erfolgen müßte? In Deutschland sind so viel Fabriksbetriebe zerstört oder umgestellt worden, daß die Herstellung von Kriegsmaterial unmöglich ist. Man hat weiter behauptet, daß die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, da die langdienenden Berufsoldaten den kurzdienenden Wehrpflichtigen überlegen seien. Die Deutschland ausgezwungene Form der neuen deutschen Wehrmacht soll nun ein Beweis der

Gefährlichkeit deutscher Rüstungen sein. Das Reichsheer verfügt über keine Kampfwagen, über keine schweren Geschütze; auch kann es sich nicht aus Reserven ergänzen. Seitdem die Völkervereinigung konferenzen beständig hat, daß Deutschland entwaffnet sei, bringt man Behauptungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen, ohne zu sagen, worin diese eigentlich bestehen. Man führt als Beweis den hohen Geheimrat an, obwohl uns im Versailler Vertrag das teuerste Wehrsystem aufgezwungen worden ist. Während Deutschland seine Ausgaben für die Landesverteidigung herabgesetzt hat, weisen die Rüstungsausgaben der Nachbarländer eine starke Erhöhung auf. Frankreich hat im letzten Jahr dreimal soviel für seine Landesverteidigung aufgewendet als Deutschland. Wenn Frankreich unter diesen Umständen erklärt, es könne noch nicht mit einer fühlbaren Abrüstung beginnen, so bedeutet das den

Bruch feierlicher Verpflichtungen.

Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Sonntags Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett ist am Sonntag zusammengetreten, um die Vergütungen über das Finanzprogramm fortzusetzen. Man erwartet in unterrichteten Kreisen, daß die Kabinettsbesprechungen bis Montagabend zu Ende geführt werden.

Ein amtliche Verlautbarung über die Sonntags-Sitzung wurde nicht ausgegeben.

Finanzreform durch Notverordnung!

Baldiger Erlaß bevorstehend.

Reichsfinanzminister Brüning teilte in seinen Besprechungen mit den Parteiführern, dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns und dem Führer der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums, Dr. Gehl, diesen mit, daß er nunmehr die Absicht habe, die Finanzreform durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Mit dem baldigen Erlaß der Notverordnung kann also jetzt gerechnet werden.

Die Bremer Bürgerschaftswahlen.

Von den Bremer Bürgerschaftswahlen liegen folgende amtliche Gesamtergebnisse vor (die Ziffern der letzten Reichstagswahlen in Klammern):

Bremen-Stadt:

SPD. 55807 (62456), DDP. 9009 (12045), Zentrum 4238 (4816), Kommunisten 19798 (23493), DVV. 22756 (33517), Staatspartei 6682 (11502), Wirtsch.-P. 3362 (7482), Haus- u. Grundbes. 8730 (6659), Ratsoz. 45703 (22032), Konf. 1894 (7277), Christl.-Soz. Volksp. 1389 (1559), Kom. Opp. 799 (—).

Bremervorort:

SPD. 3974 (5847) 3 Mandate (4), Nat. Einheitsliste 1820 (2095) 1 (0), Dem. u. Zentrum 1121 (404) 1 (1), Kommunisten 1349 (1617) 1 (0), DDP. 1215 (969) 1 (0), Ratsoz. 1. 622 (2632) — (—), Ratsoz. II 2214 (—) 2 (—).

Gesamtergebnis im Staate Bremen.

Das Gesamtergebnis der Bürgerschaftswahlen im Staate Bremen: SPD. 62515 (73670) 40 Mandate (50), DDP. 11461 (15425) 6 (9), Zentrum 5379 (5335) 3 (2), Kommunisten 21679 (25861) 12 (10), DVV. 25271 (36153) 15 (16), Wirtsch.-P. 3362 (8553) 2 (9), Staatspartei 7211 (12786) 4 (12), Haus- u. Grundbes. 8730 (nicht aufgestellt) 5 (9), Ratsoz. 51324 (26137) 32 (2), Konf. 1894 (nicht aufgestellt) 1 (—).

Preisfenkungen bei der Reichsbahn.

Zeiskarten, Lebensmittel- und Kohlenarife In den Preisfenkungsverhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichsbahn ist über eine Ermäßigung wichtiger Eisenbahntarife Abereinstimmung erzielt worden. So werden die Preise der Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Monats- und Teilmonatsarten sowie Schülermonatsarten gesenkt. Der Vororiverkehr fällt, soweit für ihn schon ermäßigte Sätze bestehen nicht hierunter.

Im Güterverkehr

wird die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln fruchtlich erleichtert, u. a. werden für Kartoffeln nun auch die Sätze für Wagenladungen ermäßigt, desgleichen für Getreide, Mehl und Qualitätsmehl. Entsprechend seiner Bedeutung für die Fleischversorgung der Bevölkerung wird auch der Tierarife gesenkt. Für alle bereits im Rostarif enthaltenen Lebensmittel wird eine Ermäßigung

zur fünf- und zehn-Tonnen-Ladungen gewährt. Zur Senkung der

landwirtschaftlichen Produktionskosten

wird auch eine Reihe von Düngemitteln in die Frachtfunktion einbezogen. Im Rohlenversand werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt. Diese gelten ab 1. Dezember, die übrigen Ermäßigungen werden in kürzester Frist in Kraft gesetzt, sobald die mit ihrer Einführung verbundenen Arbeiten abgeschlossen sind.

Beschwerde über Polen in Genf.

Auf der Januartagung des Rates Verhandlung.

Die dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelte deutsche Note besteht aus vier Teilen: 1. einer kurzen Mantelnote, in welcher der Reichsaußenminister Dr. Curtius beantragt, den Inhalt der deutschen Note auf die Tagesordnung der kommenden Ratstagung am 19. Januar zu setzen; 2. einer eingehenden Darstellung der Vorgänge in Oberschlesien auf Grund des Tatsachennaterials; 3. der Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesen Vorgängen; 4. einem umfangreichen Material. Zwischen dem Generalkonsul und dem Generalsekretär des Völkerbundes ist vereinbart worden, daß die deutsche Note in Genf am Mittwoch veröffentlicht werden wird. Der Generalsekretär des Völkerbundes wird nunmehr unverzüglich die Vorgänge in Oberschlesien auf die Tagesordnung der Januartagung des Rates setzen. Die deutsche Regierung hat den Ratsmächten insgesamt die Note ebenfalls übermittelt.

In der Note werden an Hand umfangreichen Tatsachennaterials die Gewaltmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten in Oberschlesien dargestellt sowie auf die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und Ungültigkeitserklärungen der deutschen Wahllisten durch die polnischen Behörden hingewiesen.

Aus dem Wortlaut.

In der deutschen Note wird u. a. ausgeführt, daß große Teile der deutschen Minderheit durch willkürliche Maßnahmen von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen worden seien. In etwa 30 000 Fällen sei Angehörigen der deutschen Minderheit wegen angeblicher Unklarheit in der Frage der Staatsangehörigkeit die Ausübung des Wahlrechtes überhaupt untersagt worden. Zur Klärung der Frage der Staatsangehörigkeit sei eine Frist von drei Tagen gesetzt worden, innerhalb deren alle möglichen Unterlagen, die in den meisten Fällen als unzureichend erklärt wurden, beigebracht werden mußten. Durch die von polnischer Seite betriebene Propaganda für ein